Elizabeth Anderson: **Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden).** Aus dem Amerikanischen von Karin Wördemann. Berlin: Suhrkamp 2019, 259 S., € 28,80

Die politische Philosophin Elizabeth Anderson unterzieht eine der wirkmächtigsten Ideologien unserer Zeit einer kritischen Prüfung: die Ideologie des freien Marktes. Sie zeigt, dass die Auffassung, freie Märkte führten zur Befreiung der Arbeitenden, schon durch die industrielle Revolution entkräftet wurde. Dennoch werde an dieser Annahme festgehalten, was die willkürliche Herrschaft von Arbeitgebern über ArbeitnehmerInnen verschleierte. Mit ihrem Konzept der privaten Regierung will Anderson die innerbetriebliche Autorität und Kontrolle (zurück) in den wissenschaftlichen und politischen Diskurs bringen.

Das Kernstück des Buches bilden Andersons 2015 an der Princeton University gehaltene Vorlesungen. Im Anschluss an ihre Auseinandersetzung mit der Marktideologie und der aktuellen Situation abhängig Beschäftigter in den USA nehmen vier WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen kritisch Stellung: Die Historikerin Ann Hughes, der auf politische Theorie spezialisierte Anglist David Bromwich, der Philosoph Niko Kolodny und der Ökonom Taylor Cowen. Mit Bezug auf deren Fragen und Einwände vertieft Anderson ihre Argumentation in einer ausführlichen Erwiderung.

Das ideengeschichtliche erste Kapitel zeichnet die Entwicklung der Ideologie des freien Marktes als ursprünglich egalitäres Projekt nach: Die Level-

lers, Adam Smith, Thomas Paine und Abraham Lincoln teilten das »Bild der Marktgesellschaft als eine freie Gesellschaft von Gleichen« (32). Vor dem Hintergrund aufbrechender Feudalstrukturen sahen sie in Privateigentum, Freihandel und der Abschaffung staatlicher Regulierungen und Monopole die Voraussetzung einer selbstständigen, wirtschaftlich und damit auch sozial und religiös unabhängigen Existenz für alle. An die Stelle persönlicher Abhängigkeit würde der Tausch zwischen Gleichberechtigten treten.

Anderson beschreibt die ursprüngliche Ideologie des freien Marktes als durchaus feministisches und antirassistisches Projekt: So stünden den frühen MarktdenkerInnen zufolge Männern wie Frauen »unabhängige Eigentumsrechte, Vertragsfreiheit, Scheidung und persönliche Autonomie« zu (52). Auch sei in den USA im 19. Jahrhundert die Sklaverei zur Förderung wirtschaftlicher Selbstständigkeit abgeschafft und die Rassendiskriminierung bei Landkauf verboten worden. In der Realität habe das Versprechen freier Arbeit jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt nur für weiße Männer gegolten. Darüber hinaus, so Anderson, habe das Ideal allgemeiner Selbstständigkeit nie die unbezahlt und überwiegend von Frauen geleistete Hausarbeit einbezogen, sondern diese als Basis männlicher Unabhängigkeit stillschweigend vorausgesetzt, wodurch »Männer das Eigentum an der Arbeit ihrer Frauen« (72) behielten.

In ihren Kommentaren zu diesem Kapitel betonen Ann Hughes und David Bromwich die Zunahme sozialer Ungleichheit bereits vor der industriellen Revolution. Zudem seien Un-

gleichheits- und Machtverhältnisse für den frühen Markt prägender gewesen als der monetäre Tausch zwischen Freien und Gleichen. Anderson unterstreicht, dass ihre Analyse der *Ideologie* des Marktes, nicht der tatsächlichen Auswirkungen früher Vermarktlichung gelte. Entscheidend sei, dass die Marktideologie bis heute ungebrochen fortwirke: »Während die frühen Denker kaum dafür verantwortlich zu machen sind, dass sie ihre Hoffnungen in ein Ideal setzten, das durch unvorhersehbare Veränderungen zerstört wurde, ist seinen heutigen Verkäufern durchaus anzulasten, dieses Ideal in einer Welt zu verbreiten, die nicht im Entferntesten von ihm beschrieben wird – weder aktuell noch künftig.« (192)

Als Antwort auf diese ideologische »Verblendung« entwickelt Anderson im zweiten Kapitel des Buches ein neues Konzept zur Analyse der Situation abhängig Beschäftigter – jenes der privaten Regierung. Dieses zielt darauf ab, die ungleichen Sozialbeziehungen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen als zentrale Dimension von Arbeitsverhältnissen neu in den Blick zu nehmen. Eine Regierung ist für Anderson dann privat, wenn Menschen Autoritäten unterworfen sind, die Anweisungen erteilen und Sanktionen verhängen können, ohne den Betroffenen gegenüber rechenschaftspflichtig zu sein. Die Unterworfenen – und dazu würden die meisten ArbeitnehmerInnen in den USA zählen – können hierin ihre eigenen Interessen nicht geltend machen. Durch die »Allgegenwart autoritärer Kontrolle« (83) – etwa politischer Äußerungen der Beschäftigten, ihrer Freizeitbeschäftigungen oder der Wahl ihrer Sexualpartne-

rInnen – greife die private Regierung über die Arbeit hinaus in das Privatleben der Menschen ein.

Anderson grenzt sich damit von der im US-amerikanischen Diskurs weit verbreiteten Überzeugung ab, staatliche Kontrolle schränke persönliche Freiheit ein, während »Individuen im »privaten Sektor« weder Kontrolle noch Autorität unterliegen« würden (200). Das Gegenteil sei der Fall. Erst der staatliche Eingriff in die private Regierung von Unternehmen sichere die Freiheit von ArbeitnehmerInnen. Anderson verdeutlicht dies, indem sie den Bereich »jenseits des Marktes [...], nachdem der Arbeitsvertrag geschlossen ist« (107) ins Zentrum ihrer Analyse rückt. Sie zeigt, wie uneingeschränkte Autorität von ArbeitgeberInnen zum Verlust von Freiheit, Status und Anerkennung von ArbeitnehmerInnen führt. Ihr Konzept der privaten Regierung erweitert so den Diskurs über staatliche bzw. betriebliche Kontrolle und individuelle Freiheit.

Was so schlimm daran sei, privater Regierung unterworfen zu sein, fragt Niko Kolodny in seinem Kommentar. Immerhin würden Formen der Kontrolle auch abseits betrieblicher Zusammenhänge herrschen. Anderson betont in ihrer Erwiderung ihren Fokus auf *private* Regierung und die ungleichen Sozialbeziehungen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Anders als die Unterwerfung unter Sachzwänge bedeute willkürliche und rechenschaftslose Herrschaft eine unverhältnismäßige Beschneidung von Autorität, Status und Ansehen der Beschäftigten und verletze ihre menschliche Würde.

Das Ausmaß der Macht von ArbeitgeberInnen über Beschäftigte, so wie es Anderson darstellt, bezweifelt der klassische Ökonom Taylor Cowen in seinem Kommentar. Vielmehr seien »Arbeitsplätze in der heutigen kapitalistischen Welt im Großen und Ganzen wichtige Quellen der menschlichen Würde und Erfüllung« (179) – sichtbar etwa an den psychischen und physischen Folgen von Arbeitslosigkeit. Anderson belegt in ihrer Erwiderung darauf mittels zahlreicher Studien der letzten Jahre, wie ArbeitnehmerInnen etwa durch sexuelle Belästigung, die Androhung von Kündigung bei Beschwerden oder durch willkürlich verhängte Arbeitszeiten nicht nur ihrer Würde beraubt, sondern auch in ihrem Privatleben eingeschränkt werden.

Mit Blick auf sich wandelnde Arbeitsverhältnisse in vielen Ländern und Branchen, die oftmals mit Nachteilen für ArbeitnehmerInnen verbunden sind, trifft Elizabeth Andersons Fokussierung innerbetrieblicher Autorität und Kontrolle ein hochaktuelles Thema. Deutschsprachigen LeserInnen bietet das Buch zum Teil erschreckende Einblicke in Formen US-amerikanischer Arbeitsorganisation. Die Bedeutung von Herrschaftsstrukturen, basierend etwa auf einem asymmetrischen Geschlechterverhältnis, findet dabei leider nicht durchgehend Berücksichtigung. Während Anderson im ideengeschichtlichen Kapitel auf den geschlechts- und ethniespezifischen Bias der Marktideologie sowie früher Vermarktlichung eingeht, tritt diese Perspektive in der Betrachtung aktueller Arbeitsarrangements in den Hintergrund. Zwar belegt sie das Ausmaß willkürlicher Herrschaft mit einer Reihe von Forschungs-

ergebnissen zu prekärer und unwürdiger Arbeit in großen internationalen Firmen. Wie unwürdige Arbeitsbedingung auch im Spätkapitalismus mit Geschlecht, Ethnizität bzw. Nationalität oder sexueller Orientierung der Arbeitenden zusammenhängen, bleibt jedoch unterbelichtet. Um der Heterogenität aktueller Arbeitsverhältnisse gerecht zu werden, wäre außerdem eine Ausweitung der Analyse über die Situation von Angestellten hinaus interessant gewesen, kommen in aktuellen Entwicklungen wie der sich etablierenden Plattformökonomie oder der Zunahme abhängiger Selbstständigkeit Ungleichheiten nach Geschlecht, Ethnizität, Klasse, Alter etc. doch verschärft und in neuen Formen zum Tragen.

Insgesamt zeigt Anderson in verständlicher Sprache, wie das emanzipative Versprechen der Marktideologie, obwohl seit der industriellen Revolution entzaubert, den Blick auf die heutige Arbeitswelt prägt und die willkürliche Herrschaft über ArbeitnehmerInnen verschleiert. Anderson ruft dazu auf, Arbeitsbedingungen nicht als private Angelegenheit der Privatwirtschaft zu sehen, sondern die quasi autokratischen Verhältnisse am Arbeitsplatz zurück in den Diskurs zu bringen, um der Diskussion um Würde und Freiheit von ArbeitnehmerInnen neue Impulse zu verleihen.

Johanna Grubner und Veronika Prieler